

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/16781

"Konkrete Pläne zur Sicherung der Geburtshilfe durch Hebammen in Bayern vorlegen"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/16781 vom 09.05.2017
2. Plenarprotokoll Nr. 103 vom 10.05.2017
3. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/17499 des GP vom 16.05.2017
4. Beschluss des Plenums 17/17639 vom 06.07.2017
5. Plenarprotokoll Nr. 107 vom 06.07.2017



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Jürgen Mistol, Gisela Sengl, Ulrich Leiner, Christine Kamm, Margarete Bause** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Konkrete Pläne zur Sicherung der Geburtshilfe durch Hebammen in Bayern vorlegen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Landtag einen Zeitplan mit konkreten Maßnahmen zur Verbesserung der Situation der Hebammen und der Geburtshilfe vorzulegen und dabei die Ergebnisse der Gespräche des Runden Tisches zur Geburtshilfe-Versorgung in Bayern am 9. Mai 2017 und der mit den Hebammenverbänden anlässlich des Hebammentages am 5. Mai 2017 einzubeziehen.

Begründung:

Die Situation in Bayern ist gekennzeichnet durch erfreulich hohe Geburtenzahlen, aber auch durch regional große Unterschiede in der Versorgung durch Hebammen.

Schwangere und Familien müssen sich auf eine gute Betreuung rund um die Geburt verlassen können. Der Hebammenberuf muss so attraktiv werden, dass junge Menschen ihn gern ergreifen und nicht vorzeitig aussteigen. Hebammen sind derzeit aufgrund der bevorstehenden Schiedsverhandlungen am 19. Mai 2017 inzwischen stark verunsichert. Seit Sommer 2016 verhandeln Hebammenvertreter und der Spitzenverband Bund der Krankenkassen um die Vergütung der frei-beruflichen Hebammen. Eine Einigung konnte bisher nicht erzielt werden. Ohne Verbesserungen der Rahmenbedingungen und einer angemessenen Vergütung der Hebammen wird sich die Versorgung der schwangeren Frauen sowie die angespannte Lage in der klinischen Geburtshilfe weiter verschärfen.

Die Schließung von Krankenhausabteilungen in Bayern hatte zuletzt auch für öffentliche Debatten und

eine Verunsicherung von Schwangeren gesorgt. Es kommen derzeit so viele Kinder im Freistaat zur Welt wie seit 15 Jahren nicht mehr. Der erfreuliche Trend gilt auch für die Landeshauptstadt – noch nie wurden in München so viele Kinder geboren wie im Jahr 2016: 18.107 Geburten in München im Jahr 2016, das sind ca. 900 Geburten mehr als 2015 und ein Zuwachs von 5,6 Prozent. Trotz steigender Geburtenrate in Bayern schließen aber vor allem im ländlichen Raum viele Geburtshilfestationen; die Zahl der Betten geht zurück. Dies bedeutet längere Anreise der Schwangeren in eine Geburtsklinik sowie auch die Überlastung der Kliniken in den Ballungsräumen. Es kommt immer wieder vor, dass Hebammen mehrere Geburten gleichzeitig betreuen müssen. Der Hebammenmangel macht sich vielerorts bereits jetzt bemerkbar – für Geburtshilfeabteilungen, die keine Hebammen finden können sowie auch für Frauen, und dies bereits während der Schwangerschaft und dann bei der Geburt. All das bedeutet Stress – für die Frauen und Familien ebenso wie für die Hebammen. Gute Beratung und Wahlfreiheit bleiben häufig auf der Strecke. Auch die Nachfrage nach der aufsuchenden Wochenbettbetreuung übersteigt regelmäßig das Angebot bei Weitem, hier ist insbesondere die Landeshauptstadt München als „Brennpunkt“ bekannt.

Hebammen brauchen gute Arbeitsbedingungen und eine angemessene Bezahlung. Außerdem müssen dringend Weichen für die derzeitige Sicherstellung der Geburtshilfe-Versorgung sowie auch für die zukünftige Versorgungsstruktur gestellt werden. Am Dienstag, den 9. Mai 2017 findet auf Einladung von Staatsministerin Melanie Huml ein nichtöffentlicher Runder Tisch zur Geburtshilfe-Versorgung und zum Hebammenmangel in Bayern statt. Es sind Vertreter des Bayerischen Hebammen Landesverbands, der Landesärztekammer, der Kassenärztlichen Vereinigung, der Krankenhausgesellschaft, der Arbeitsgemeinschaft der Krankenkassenverbände sowie des Landkreis-, des Bezirke-, des Städte- und des Gemeindetages eingeladen.

Um angemessene Versorgung der Schwangeren – außerklinisch und klinisch – schaffen zu können, muss jetzt gehandelt werden und Maßnahmen getroffen werden, die die Versorgung mit geburtshilflichen Leistungen durch Hebammen in Bayern flächendeckend sicherstellen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Johann Häusler (FREIE WÄHLER): Erstens. Ich kann die Entrüstung durchaus verstehen, zum einen deshalb, weil einfach bei vielen der Begriff Pflanzenschutzmittel automatisch mit Pestiziden gleichgesetzt wird und weil sie beides fachlich nicht differenzieren können. Ich habe versucht, beides zu differenzieren. Diejenigen, die es noch nicht wissen, können es nachlesen.

Zweitens. Ich habe auch dargestellt, welche Auswirkungen das auf die Flächen, die dann zur Verfügung stehen würden, hätte. Sie zeigen sich, wenn man es herunterrechnet. Die Zahlen, die ich genannt habe, wird, denke ich, auch der Minister belegen können. Sie alle sind nämlich veröffentlicht. Ich habe keine Zahlen genannt, die nicht veröffentlicht sind. Ich gehe davon aus, dass veröffentlichte Zahlen auch stimmen, sonst hätte sie irgendjemand widerrufen.

Zum Dritten muss man ganz einfach sagen: Der Antrag, den ihr gestellt habt, ist von der Idee her richtig. Darum habe ich gesagt, der Kerntext des Antrags an sich wäre zustimmungsfähig. Das trifft aber nicht für die Beschreibung und den Titel zu, die den Antrag konterkarieren. Schade, dass ihr nicht in der Lage seid, Anträge vernünftig zu formulieren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön. – Weitere Wortmeldungen liegen mir jetzt nicht mehr vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Dazu werden die Anträge wieder getrennt.

Zuerst lasse ich über den Antrag der CSU-Fraktion in einfacher Form abstimmen. Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/16798 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die CSU-Fraktion und die Fraktion der FREIEN WÄHLER. Gegenstimmen bitte. – Die Fraktionen der SPD und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gibt es Enthaltungen? – Eine Enthaltung bei der SPD-Fraktion. Damit ist der Dringlichkeitsantrag angenommen.

Nun lasse ich, wie bereits zu Beginn der Beratung angekündigt, über den Dringlichkeitsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 17/16777 in namentlicher Form abstimmen. Die Urnen stehen bereit. Wir geben Ihnen fünf Minuten.

(Namentliche Abstimmung von 18.25 bis 18.30 Uhr)

Meine Damen und Herren, die Zeit für die Stimmabgabe ist um. Ich schließe die Abstimmung.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bitte kurz um Aufmerksamkeit. Ich schließe die Sitzung jetzt noch nicht, weil wir noch Ergebnisse verkünden müssen. Aber nach Rücksprache mit den Fraktionen sind wir über eingekommen, dass es schon für den nächsten Antrag mit dem vereinbarten Sitzungsende 19.00 Uhr eng wird. Das heißt, wir rufen jetzt keinen Antrag mehr auf. Wenn die Ergebnisse der beiden Abstimmungen – eines liegt schon bei mir – verkündet sind, schließe ich die Sitzung für heute Abend.

(Erwin Huber (CSU): Danke, Herr Präsident!)

Ich gebe jetzt das Ergebnis einer namentlichen Abstimmung bekannt. Da ging es um den Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Joachim Hanisch und anderer und Fraktion (FREIE WÄHLER) betreffend "Klarheit schaffen, Freistaat muss in der Verantwortung bleiben! – Unterbringung anerkannter Flüchtlinge nicht einfach auf Kommunen abwälzen!" auf Drucksache 17/16776. Mit Ja haben 66 gestimmt, mit Nein haben 73 gestimmt. Stimmenthaltungen gab es keine. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 3)

Zur namentlichen Abstimmung von soeben, zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl und anderer und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) betreffend "Ökologische Vorrangflächen ohne Pflanzengifte bewirtschaften" auf Drucksache 17/16777: Mit Ja haben 43 gestimmt, mit Nein haben 83 gestimmt, und es gab 2 Stimmenthaltungen. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 4)

Die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 17/16778 mit 17/16784 und 17/16799 mit 17/16803 werden in die zuständigen federführenden Ausschüsse verwiesen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich darf damit die Sitzung beenden. Ich bedanke mich für die Mitarbeit und wünsche einen schönen Abend. Ich schließe die Sitzung.

(Schluss: 18.36 Uhr)



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Gesundheit und Pflege

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze,
Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u.a. und
Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Drs. 17/16781**

**Konkrete Pläne zur Sicherung der Geburtshilfe durch Hebammen
in Bayern vorlegen**

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatterin: **Kerstin Celina**
Mitberichterstatterin: **Dr. Ute Eiling-Hüting**

II. Bericht:

1. Der Dringlichkeitsantrag wurde dem Ausschuss für Gesundheit und Pflege federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Dringlichkeitsantrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 64. Sitzung am 16. Mai 2017 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Ablehnung

SPD: Enthaltung

FREIE WÄHLER: Zustimmung

B90/GRÜ: Zustimmung

Ablehnung empfohlen.

Kathrin Sonnenholzner
Vorsitzende



Beschluss des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Jürgen Mistol, Gisela Sengl, Ulrich Leiner, Christine Kamm, Margarete Bause und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Drs. 17/16781, 17/17499

Konkrete Pläne zur Sicherung der Geburtshilfe durch Hebammen in Bayern vorlegen

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 3** auf:

Abstimmung

über Europaangelegenheiten, eine Verfassungsstreitigkeit und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s.

Anlage 1)

Bevor ich über die Liste abstimmen lasse, möchte ich Sie noch darauf hinweisen, dass der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen in seiner Sitzung am Dienstag die unter der Nummer 6 aufgeführte Subsidiaritätsangelegenheit, Bundesratsdrucksache 400/17, betreffend: "Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Festlegung der Bedingungen und des Verfahrens für Auskunftsersuchen der Kommission an Unternehmen und Unternehmensvereinigungen in Bezug auf den Binnenmarkt und damit verbundene Bereiche", beraten und empfohlen hat, die Staatsregierung aufzufordern, im Bundesrat auf Subsidiaritätsbedenken hinzuweisen und ferner darauf hinzuwirken, dass diese Bedenken Eingang in den Beschluss des Bundesrats finden. Es sind dies die Drucksache 17/17484 sowie die Beschlussempfehlung auf Drucksache 17/17536. Die Beratung im Bundesrat ist für den morgigen Freitag vorgesehen. Die Beschlussempfehlung und das Abstimmungsverhalten der Fraktionen hierzu sind in der aufgelegten Liste aufgeführt.

Wir kommen nun zur Abstimmung. Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme des jeweils maßgeblichen Ausschussvotums entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind CSU, SPD, FREIE WÄHLER, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie Frau Claudia Stamm.

Gibt es Gegenstimmen? – Keine. Stimmenthaltungen? – Auch keine. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Europaangelegenheiten, eine Verfassungsstreitigkeit und Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 3)

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
(G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
(ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
(A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
(Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Europaangelegenheiten

1. Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss, den Ausschuss der Regionen und die Europäische Investitionsbank:
Saubere Energie für alle Europäer
COM (2016) 860 final
BR-Drs. 738/16
Drs. 17/16271, 17/17300 (G) [X]

Gemäß § 126 Abs. 3 BayLTGeschO

Abweichendes Votum des mitberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

2. Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss, den Ausschuss der Regionen und die Europäische Investitionsbank:
Schnellere Innovation im Bereich der sauberen Energie
COM (2016) 763 final
BR-Drs. 811/16
Drs. 17/16272, 17/17301 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

3. Beteiligung am Konsultationsverfahren der Europäischen Union
Forschung und Technologie:
Öffentliche Konsultation der Anspruchsgruppen – Bewertung von Öffentlich-
öffentliche Partnerschaften (Art. 185 Initiativen) im Rahmen der
Zwischenbewertung von Horizont 2020
27.01.2017 – 30.04.2017
Drs. 17/16273, 17/17473 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

4. Beteiligung am Konsultationsverfahren der Europäischen Union
Verkehr:
Änderung der Richtlinie über den kombinierten Verkehr
23.01.2017 – 23.04.2017
Drs. 17/16274, 17/17302 (E) [X]

Gemäß § 126 Abs. 3 BayLTGeschO
Abweichendes Votum des mitberatenden Ausschusses für
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

5. Beteiligung am Konsultationsverfahren der Europäischen Union
Allgemeine und berufliche Bildung, Jugend:
Öffentliche Konsultation zu Erasmus und Vorgängerprogrammen
28.02.2017 – 31.05.2017
Drs. 17/16310, 17/17474 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

6. Subsidiaritätsangelegenheit

Antrag der Abgeordneten Dr. Franz Rieger, Alex Dorow, Dr. Martin Huber u.a. CSU, Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Subsidiarität

Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Festlegung der Bedingungen und des Verfahrens für Auskunftsersuchen der Kommission an Unternehmen und Unternehmensvereinigungen in Bezug auf den Binnenmarkt und damit verbundene Bereiche, COM (2017) 257 final; BR-Drs. 400/17 Drs. 17/17484, 17/17536 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU

SPD

FREIE WÄHLER

GRÜ

Verfassungsstreitigkeit

7. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 2. Juni 2017

(Vf. 8-VII-17) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit des Art. 57 a des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterichtswesen (BayEUG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Mai 2000 (GVBl. S. 414, ber. S. 632, BayRS 2230-1-1-K), das zuletzt durch Gesetz vom 13. Dezember 2016 (GVBl. S. 335) geändert worden ist, in Verbindung mit den Richtlinien für Funktionen von Lehrkräften an staatlichen beruflichen Schulen (KMS vom 30. Mai 2016 – VI.7 – B P9010.1-7b.50387 – FubSch)

PII/G1310.17-0007

Drs. 17/17396 (E)

I. Der Landtag beteiligt sich an dem Verfahren.

II. Der Antrag ist unbegründet.

III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Jürgen W. Heike bestellt.

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU

SPD

FREIE WÄHLER

GRÜ

Anträge

8. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Kleine Brauereien unterstützen – Vielfalt des bayerischen Biers erhalten
Drs. 17/13533, 17/17460 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

9. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Karl Vetter u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Missbrauch von K.-o.-Tropfen verhindern
Drs. 17/15262, 17/17493 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

10. Antrag der Abgeordneten Hans Ritt, Josef Zellmeier, Walter Nussel u.a. CSU
Die neuen Grenzwerte der TA Luft gefährden Holzheizkraftwerke
und übersteigen zugleich das technisch Mögliche
Drs. 17/15731, 17/17423 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

11. Antrag der Abgeordneten Ruth Müller, Kathrin Sonnenholzner, Ruth Waldmann u.a. SPD
Außenwerbeverbot für Tabakwaren
Drs. 17/16165, 17/17414 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

12. Antrag der Abgeordneten Kathrin Sonnenholzner, Ruth Müller, Kathi Petersen u.a. SPD
Bericht zur Arbeitsbelastung von Pflegekräften in Krankenhäusern
Drs. 17/16178, 17/17494 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

13. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Energiewende ist Klimaschutz: Die richtigen Rahmenbedingungen
für Mieterstrommodelle jetzt einführen
Drs. 17/16319, 17/17468 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	ENTH	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

14. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Annette Karl, Natascha Kohnen u.a. und Fraktion (SPD)
Leistungsgerechte und faire Managergehälter – Exzesse vermeiden
Drs. 17/16321, 17/17470 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

15. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Wirkungsvolle Förderung von Mieterstromprojekten auf den Weg bringen
Drs. 17/16343, 17/17469 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

16. Antrag der Abgeordneten Thomas Huber, Bernhard Seidenath, Dr. Ute Eiling-Hüting u.a. CSU
Erfahrungen mit der Wohnsitzregelung
Drs. 17/16409, 17/17256 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

17. Antrag der Abgeordneten Dr. Franz Rieger, Karl Freller, Alex Dorow u.a. CSU
Schnelle Klarheit über das Verhältnis zum Vereinigten Königreich
nach dem Brexit
Drs. 17/16505, 17/17465 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/>

18. Antrag der Abgeordneten Dr. Herbert Kränzlein, Harald Güller,
Susann Biedefeld u.a. SPD
Baumaßnahmen in der Justizvollzugsanstalt München-Stadelheim
Drs. 17/16613, 17/17461 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

19. Antrag der Abgeordneten Herbert Woerlein, Florian von Brunn,
Klaus Adelt u.a. SPD
Verbot des Handels und des Besitzes illegaler Tierfallen
Drs. 17/16615, 17/17416 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/> A	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

20. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Ulrich Leiner u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Zeitliche Mindesterreichbarkeit im Krankenhausplan des Freistaates Bayern berücksichtigen
Drs. 17/16620, 17/17496 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

21. Antrag der Abgeordneten Ruth Waldmann, Kathrin Sonnenholzner, Ruth Müller u.a. SPD
Unterstützungsangebote für junge Pflegende und junge Pflegebedürftige stärken
Drs. 17/16654, 17/17497 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

22. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Nikolaus Kraus u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Kein Verpackungsgesetz zu Lasten der Kommunen und der Umwelt
Drs. 17/16668, 17/17248 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

23. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Rosi Steinberger u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Ombudsstelle für Umwelterkrankte einrichten
Drs. 17/16670, 17/17498 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

24. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Rosi Steinberger u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Bayerische Projekte in der Donauraumstrategie der EU-Kommission
Drs. 17/16672, 17/17418 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

25. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Konkrete Pläne zur Sicherung der Geburtshilfe durch Hebammen in Bayern vorlegen
Drs. 17/16781, 17/17499 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

26. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Harry Scheuenstuhl, Florian von Brunn u.a. und Fraktion (SPD) Unwetterkatastrophe am 4. Mai 2017 in Unterfranken
Drs. 17/16782, 17/17463 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

27. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Unwetter am Untermain: Schnelle und unbürokratische Hilfe für Betroffene
Drs. 17/16802, 17/17462 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

28. Antrag der Abgeordneten Kathrin Sonnenholzner, Ruth Müller, Kathi Petersen u.a. SPD Kinderärztliche Versorgung in Stadt und Land sicherstellen
Drs. 17/16810, 17/17500 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

29. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Ulrich Leiner u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Personaleinsatz in Pflegeheimen bei Bedarf flexibler regeln
Drs. 17/16830, 17/17501 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

30. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Mehr hebammengeleitete Kreißsäle in Bayerns Krankenhäusern
Drs. 17/16834, 17/17502 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

31. Antrag der Abgeordneten Margit Wild, Martin Güll, Kathi Petersen u.a. SPD
Evaluation der Sprachförderung an bayerischen Schulen
Drs. 17/16912, 17/17428

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

der empfiehlt, den Antrag für erledigt zu erklären.

32. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Ulrich Leiner u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Beweislastumkehr bei Umwelterkrankungen
Drs. 17/17176, 17/17263 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

der empfiehlt, den Antrag für erledigt zu erklären.